



## Das Bielefelder Modell

### Selbstbestimmtes Wohnen mit Versorgungssicherheit

von Rudi Baumgärtner  
(Vors. des Ausschusses für Soziales und Gesundheit der Stadtverordnetenversammlung)



Bild: Christiane von Keutz

Alte Menschen erleben beim Übergang in ein Pflegeheim einen dramatischen Bruch ihres bisherigen Lebens. Sie müssen sich plötzlich institutionellen Abläufen unterordnen. Dies bedeutet, dass ein selbstbestimmtes Leben nicht mehr möglich ist.

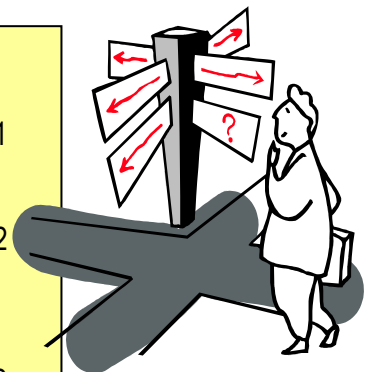
Eine repräsentative Befragung älterer Menschen im Rahmen der partizipativen Altersplanung der Stadt Frankfurt – diese Planung wurde unter Verantwortung des damaligen Sozialdezernenten, Genosse Franz Fey, durchge-

führt – im Jahre 2004 ergab, dass das Ansehen der stationären Altenpflege in der Öffentlichkeit negativ besetzt ist. Zum Stichwort „Altenpflegeheim“ gab es 211 positive, 1301 negative und 477 neutrale Antworten (bis zu 3 Antworten waren möglich); 53 von 1011 Befragten würden unter bestimmten Bedingungen ein Altenpflegeheim als Wohn- und Lebensform akzeptieren (Quelle: repräsentative Erhebung „Frankfurt 50 plus“, 2004).

Liebe Genossinnen, liebe Genossen, nach meiner Auffassung sind die heutigen Pflegeheime „Auslaufmodelle“. Trotz steigender Anzahl von alten und kranken Menschen in unserer Gesellschaft möchten viele, auch bei gewissen Einschränkungen und notwendiger Pflege, in ihrer gewohnten Umgebung bleiben. Dies wurde bereits früh in Bielefeld erkannt. Schon in den 1990er Jahren wurden in Bielefeld Überlegungen angestellt, die bereits bestehenden Angebote für ältere Menschen durch ein weiteres Konzept zu ergänzen. Eine

## Inhalt

Das Bielefelder Modell	Seite 1
Die Regionaltangente West	Seite 2
AfA für die Wiedereinführung der vollen Pendlerpauschale	Seite 3
Terminhinweis	Seite 4
Impressum	Seite 4



Studie zeigte, dass viele Betroffene in ihren Wohnungen bleiben wollten. Diese sollten mit den nötigen altengerechten technischen Standards versorgt und ein Serviceangebot für Versorgungssicherheit bei Hilfebedürftigkeit und sozialen Kontakten sollte zusätzlich geschaffen werden.

Um diesen Bedürfnissen gerecht zu werden, hat die Bielefelder Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft gemeinsam mit freien Trägern und der Stadt Bielefeld 1996 das „Bielefelder Modell“ entwickelt. Dieses hat mittlerweile bundesweit große Beachtung gefunden. Am 21. Mai 2007 war der Ausschuss Soziales und Gesundheit auf meinem Wunsch deswegen vor Ort und wir wurden alle von diesem Modell überzeugt. Was mir besonders gefallen hat, war die dortige „soziale Qualität“ des Wohnens im Alter. Das heißt u.a.:

- Auch bei steigender Hilfebedürftigkeit wird weiterhin das Wohnen im vertrauten Quartier ermöglicht.
- Integratives Wohnen in den Projekten und im bestehenden Umfeld wird realisiert für ältere Menschen, Behinderte, Menschen mit geringem und hohem Hilfebedarf und für Demenzkranke.
- Es gibt 24 Stunden Sicherheit für die Menschen im Wohnprojekt und Wohnumfeld, ohne gleichzeitige Betreuungspauschale.
- Die vorhandenen Servicestützpunkte im Quartier sind rund um die Uhr besetzt. Es gibt einen wählbaren Hausnotrufdienst.
- Alle Leistungen werden bedarfsgerecht im Einzelfall organisiert und abgerechnet und sind abwählbar.
- Zur Vermeidung einer Ausgrenzung und Isolation der älteren Menschen wird ein reger Austausch mit der Nachbarschaft gefördert. Es wohnen Jung und Alt in den Häusern. Außerdem gibt es im Quartier Wohncafés mit Mittagstisch, Veranstaltungen usw. Diese sind für alle Mieter offen, auch für Familienfeiern.

Liebe Genossinnen, liebe Genossen, alle reden vom demographischen Wandel. Tatsächlich werden die Menschen immer älter. Hier sehe ich eine Herausforderung und auch eine Chance für die Zukunft unseres Zusammenlebens. Das „Bielefelder Modell“ gibt hierzu eine mögliche Antwort für ein würdiges und selbstbestimmtes Leben im ALTER. In Frankfurt wurde dieses Modell – wenn auch nicht eins zu eins – vom Frankfurter Verband für Alten- und Behindertenhilfe e.V. in Niederrad und vom Kreisverband der Arbeiterwohlfahrt Frankfurt in Sossenheim übernommen.

## Die Regionaltangente West

### Die SPD im Frankfurter Westen will sie so bald wie möglich

*von Hubert Schmitt  
(Vorsitzender der SPD-Fraktion im Ortsbeirat 6, Frankfurter Westen und stellvertretender Sprecher des Arbeitskreises-West der SPD)*

Die Regionaltangente West (RTW) ist eines der zukunftsweisenden Projekte für den öffentlichen Personennahverkehr in Frankfurt, weil sie den Verkehr aus dem Frankfurter Umland nicht mehr radial, also von außen ins Zentrum, sondern tangential, an den westlich von Frankfurt gelegenen Stadtteilen und Gemeinden entlang führt.



Leben und Arbeiten in Frankfurt und seinem Umland haben sich in der Vergangenheit immer mehr dahin gehend verändert, dass die Ausrichtung des Verkehrssystems ausschließ-

lich auf das Zentrum den Anforderungen nicht mehr gerecht wird.

Die RTW soll Bad Homburg und das Nordwestzentrum über Eschborn, den Frankfurter Westen mit dem Flughafen und Neu-Isenburg sowie Dreieich verbinden. Sie ist konzipiert als Mehrsystemfahrzeug und kann somit auf DB-Gleisen und U-Bahn bzw. Straßenbahnschienen gleichermaßen fahren. Zu großen Teilen kann diese Bahn auf bereits bestehenden Trassen verkehren und sie hat das Potential, viele neue Fahrgäste vom Auto weg auf die Schiene zu holen.

Dass die RTW realisiert werden soll, ist eine inzwischen über 20 Jahre alte Forderung der SPD und daher begrüßen wir auch, dass jetzt eine Planungsgesellschaft zu ihrem Bau gegründet worden ist. In einer Veranstaltung in Sossenheim Ende Oktober hat Klaus Oesterling, Verkehrsexperte und Vorsitzender unserer Stadtverordnetenfraktion im Römer, den Mitgliedern der SPD im Frankfurter Westen den aktuellen Stand der Planungen erläutert. Wichtiger Diskussionspunkt der Veranstaltung war vor allem, welche Streckenführung in Höchst im weiteren Verlauf zum Flughafen gewählt werden soll.

Für die Erschließung in Höchst wäre es von Vorteil, wenn die Strecke durch die Leunastraße und dann über die Leunabrücke geführt würde. Auch wäre hierbei die Fahrzeit am kürzesten, nämlich deutlich unter 15 Minuten vom Bahnhof Höchst zum Flughafen. Alternativ besteht die Möglichkeit, die Trasse westlich um den Industriepark Höchst herum zu führen. Das würde aber eine längere Fahrzeit mit sich bringen und die Bahn müsste über Betriebsgleise des Industrieparks fahren, was mit den betrieblichen Erfordernissen nicht so einfach in Einklang gebracht werden kann.

Die SPD im Frankfurter Westen befürwortet auf jeden Fall eine bald mögliche Umsetzung des Projekts RTW und wird im Jahr 2009 nach ausführlicher inhaltlicher Diskussion für sich

eine Festlegung treffen, wie die Strecke in Höchst geführt werden soll.

## **AfA für die Wiedereinführung der vollen Pendlerpauschale**

*von Roger Podstatny  
(Vorsitzender AfA Frankfurt)*



Die weitgehende Abschaffung der Pendlerpauschale verstößt gegen das Grundgesetz. Das hat das Bundesverfassungsgericht entschieden. Dazu erklärt der AfA-Vorsitzende und Landtagskandidat Roger Podstatny:

„Das Verfassungsgericht hat so entschieden, wie es zu erwarten war. Die AfA Frankfurt begrüßt das Urteil. Wir fordern die Wiedereinführung der vollen Pendlerpauschale ab dem ersten Kilometer. Berlin wäre gut beraten, jetzt nicht zu tricksen und die Karlsruher Entscheidung - etwa durch eine Reduzierung des Kilometergelds - zu unterlaufen. Es ist gut, dass der Bundesfinanzminister hier bereits für Klarheit gesorgt hat. Steuerrabatte für 20 Millionen Pendler sorgen auch für eine Stärkung der Nachfrage - in der aktuellen Lage ein durchaus wichtiger Umstand.

Die Wiedereinführung der Pendlerpauschale kostet jährlich rund 2,5 Milliarden Euro. Dafür müssen nicht zwangsläufig neue Schulden gemacht werden. Der Bundesfinanzhof hat vorgerechnet, dass eine jährliche Überprüfung der etwa 10.000 Steuermillionäre in Deutschland rund 2,5 Milliarden Euro für das Staatssäckel bringen würde. Das Geld ist also durchaus

vorhanden - woran es mangelt ist der politische Wille.

Neuerdings tritt auch die CSU für die Wiedereinführung der Pendlerpauschale ein. Wir begrüßen das. Dies ändert allerdings nichts daran, dass das Copyright für diese Forderung nicht in Bayern liegt. Vielmehr waren die Gewerkschaften und die AfA von Anfang an gegen die Gesetzesänderung."

## Terminhinweis: SPD besichtigt Kompostierungsanlage

### *Modernste Kompostproduktion und Energiegewinnung*

Der SPD Arbeitskreis Ökologie besichtigt die Kompostierungs- Vergärungs- und Energiegewinnungsanlagen der Rhein- Main Biokompost GmbH (RMB):

Am Dienstag, 16. Dezember 2008  
um 17.00 Uhr,  
RMB GmbH,  
Peter- Behrens- Straße 8, Frankfurt

Interessierte können gerne teilnehmen. Anmeldungen bitte bei Roger Podstatny per e-mail [Roger.Podstatny@spd-online.de](mailto:Roger.Podstatny@spd-online.de) oder per Fax 03212 1021287

### **Impressum:**

Die Zeitung „Freundeskreis – Die linke Mitte“ erscheint nach Bedarf. Abdruck - auch auszugsweise - nur mit schriftlicher Genehmigung des Herausgebers. Die redaktionellen Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder.

### **Herausgeber, Verantwortlich für den Inhalt:**

Freundeskreis,  
c/o Roger Podstatny,  
Karl-Blum-Allee 14, 65929 Frankfurt

**Redaktion:** Roger Podstatny, Ursula Busch

**Autoren:** Mitglieder des Freundeskreises

Gedruckt durch Eigenvervielfältigung

*Wir wünschen eine ruhige, besinnliche und erholsame  
Weihnachtszeit und ein gutes, gesundes neues Jahr.*

*Ursula Busch*

*Klaus Oesterling*

*Michael Paris*

*Roger Podstatny*

